

Razzia: Mit Reizgas gegen Kontrollore der Finanz

Reportage. Versteckte illegale Spielautomatenwelten blühen in Gassenlokalen, Wohnungen und Hinterhöfen. Eine Nacht mit der Finanzpolizei auf den Spuren der Organisierten Kriminalität.



Franz Kurz, Leiter der Finanzpolizei, freut sich über den Fund. Diese Automaten waren hinter einem Spiegel verborgen. – Lukas Aiglsreiter



von Anna Thalhammer 30.10.2018 um 16:34

Klebeband und Gasmasken sind die wichtigsten Utensilien der Finanzpolizei. Auch an diesem Montagabend, als sie mit einem Rammbock im Gepäck eine unscheinbare weiße Glastür in der Klosterneuburger Straße in Wien Brigittenau aufbricht. Gleich am Hauseingang wird eine kleine Kamera überklebt – hinter der Glastür ist in einer Gegensprechanlage eine weitere versteckt.

„Sie sollen nicht sehen, was wir hier machen“, sagt Franz Kurz, Regionalleiter der Finanzpolizei Wien. Gemeint ist die Glücksspielmafia, die auch an dieser Adresse ein verstecktes Spielautomatenlokal betreiben soll. Das sogenannte Kleine Glücksspiel ist in Wien seit 2015 verboten – ebenso in Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Trotz Verbot haben Spielsüchtige in der Hauptstadt nach wie vor genügend Gelegenheiten, ihr Hab und Gut innerhalb kürzester Zeit loszuwerden. Denn je restriktiver die Gesetze, desto attraktiver scheint das Geschäftsmodell für die Organisierte Kriminalität zu werden. Verbotene Spielhöllen blühen in Wien – man findet sie in Gassenlokalen, in Hinterhöfen und in Wohnungen. Nicht selten finden sich die illegal aufgestellten Automaten in Kombination mit Prostitution und Drogenhandel. „Mit einem Automaten werden pro Woche bis zu 27.000 Euro lukriert“, weiß Kurz.

Reizgas hinter Bildern

Im September war die Wiener Finanzpolizei schon einmal an der Adresse in der Klosterneuburger Straße im Einsatz und hat illegale Automaten beschlagnahmt. Die Beamten wissen darum, was sie erwarten müssen: Versteckte Reizgasanlagen in Bildern, Lüftungen, oder Lautsprechern, die ungebetene Gäste wie sie manövrierunfähig machen sollen, zum Beispiel.

Schon mehrfach wurden bei derartigen Razzien Beamte verletzt. Sie erlitten Reizungen und Verätzungen im Hals und an der Haut. Das soll an diesem Abend nicht wieder passieren – deswegen soll ein Schlosser mit Gasmaske in jeden Raum vorgeschickt werden, um derartige Anlagen zu finden und zu entschärfen.

Der Schlosser geht gewissenhaft vor, kontrolliert jedes Bild. Als er eine verspiegelte Garderobe abtastet, erweist die sich als Geheimtür. Im dahinterliegenden blau ausgeleuchteten Raum stehen weitere illegale Spielautomaten. Auch in diesem Raum wurde eine Reizgasanlage hinter einem Bild versteckt. Während er versucht, sie zu entschärfen, läuft eine Frau aus einem Seiteneingang des Hauses – aber die Polizei hat dort schon darauf gewartet, dass jemand sich aus dem Staub machen will. Die Frau gibt an, Spielerin zu sein. Wahrscheinlicher ist allerdings, dass sie als Aufpasserin abgestellt wurde, die bei etwaigen Kontrollen auf Knopfdruck die Spielhölle lahmlegen soll. Denn die Beamten müssen beweisen, dass die Automaten in Betrieb waren und einsatzfähig sind.

Es wurde gute Arbeit geleistet – zumindest aus Sicht der Automatenbetreiber. Alle Spielautomaten wurden bei Eintreffen der Finanzpolizei mit einem Code gesperrt. Sie muss die Geräte mit Gewalt öffnen, um an das Geld zu kommen – Tausende Euros finden sich in den Laden. Diese werden ebenso beschlagnahmt wie die Automaten selbst. Sie werden in ein Lager gebracht, wo bereits weitere Hunderte auf den Ausgang von Verfahren warten. Das dauert oft Jahre. Allein 2018 hat die Wiener Finanzpolizei 272 Automaten kontrolliert und fast genauso viele einkassiert. „Aber die werden aus Osteuropa ständig nachgeliefert“, sagt Kurz. „Falls es Firmen gibt, die diese Lokale betreiben, sind das oft nur Scheinfirmen, die meist im Ausland gemeldet sind.“ Das sei ein riesiges Problem, denn die Betreiber würden so ständig wechseln – greifbar wäre nur selten jemand. Wenn ein Lokal zusperrt, sperrt die Glücksspielmafia einfach ein neues auf. Die Kunden werden via Social Media auf dem Laufenden gehalten.

Neue Gesetze gefordert

Kurz hofft auf baldige Gesetzesverschärfungen, um mehr Handhabe zu bekommen. Eine ist bereits in Planung: Künftig sollen auch die Immobilienbesitzer, die derart illegale Geschäfte mit Vermietung unterstützen, zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die verhängten Strafen seien oft nur schwer einzutreiben. Allein heuer wurden schon Strafen in Höhe von knapp sieben Millionen Euro beantragt.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 31.10.2018)